Anlage

Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zur Satzung der Stadt Gröningen über die Abgrenzung der im Zusammenhang bebauten Ortslage und die Einbeziehung der Flurstücke 163 und 164, Flur 22, Gemarkung Gröningen in die im Zusammenhang bebaute Ortslage Kloster Gröningen - Abgrenzungs- und Einbeziehungssatzung "Birkensiedlung"

Nr.	Träger öffentlicher Belange	Datum Schreiben	Anregungen und Hinweise	Stellungnahme der Stadt	Beschlussvorschlag
1.	Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten	29.06.2020	<ul style="list-style-type: none"> - gegenüber dem oben genannten Vorhaben bestehen aus Sicht der Abteilung Agrarstruktur keine Bedenken. - Fachstelle Landwirtschaft: Die Außenbereichsflächen, die in den Innenbereich einbezogen werden sollen, haben eine Größe von ca. 2.500m². Der Geltungsbereich umfasst das Flurstück 163 und 164 der Flur 22, Gemarkung Gröningen. Die Einbeziehungssatzung schließt sich östlich an die Straße Birkensiedlung an und umfasst eine Grundstückstiefe von ca. 50 Meter. Das Plangebiet wird teilweise als Ackerfläche und teilweise zum Abstellen landwirtschaftlicher Geräte genutzt. Die Ergänzung des Siedlungsbereiches der Ortslage Kloster Gröningen ist erforderlich, um Baugrundstücke für bis zu zwei Einfamilienhäuser für den örtlichen Bedarf zur Verfügung zu stellen. - Da die Vorhabenflächen direkt am Ortsrand und an intensiv bewirtschafteten Ackerflächen liegen, kommt es regelmäßig zu Konflikten. Durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der angrenzenden Ackerflächen kann es zeitweise zu Lärm- und Geruchsbelästigungen kommen. Der Vorhabenträger bzw. die Bauherren sind über mögliche Immissionsbeeinträchtigungen zu informieren. - Durch den Vorhabenträger ist zu prüfen, ob Meliorations- oder Drainageanlagen von der Baumaßnahme betroffen sind. Sollten bei den notwendigen Erdarbeiten Schäden an den Anlagen auftreten, muss der Investor diese beseitigen und haftet außerdem für die Funktionstüchtigkeit. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Ein Hinweis auf das Angrenzen intensiv bewirtschafteter Ackerflächen wird in die Begründung aufgenommen. - Der Sachverhalt ist im Rahmen der Umsetzung des Planes zu beachten. 	kein Beschluss erforderlich
2.	Avacon Netz GmbH	29.06.2020	<ul style="list-style-type: none"> - Grundsätzlich stimmt die Avacon Netz GmbH der Abgrenzungs- und Einbeziehungssatzung zu. Die im Plangebiet befindlichen NS-Freileitungen des Verantwortungsbereiches dürfen durch die Maßnahmen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Mögliche Berührungspunkte sind im Vorfeld mit der Avacon Netz GmbH abzustimmen. - Bei Pflanzungsarbeiten in der Nähe der Anlagen wird auf das Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen und Verkehrswesen hingewiesen. - Bei der Veräußerung öffentlicher Grundstücke bittet die Avacon Netz GmbH gemäß Konzessionsvertrag in Absprache mit Avacon eine beschränkte persönliche Grunddienstbarkeit zu Gunsten von Avacon zu veranlassen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Freileitung befindet sich im öffentlichen Straßenraum und ist zu beachten. Ein Hinweis auf die Freileitung wird in die Begründung aufgenommen. - Die Pflanzfestsetzungen befinden sich an der Westseite des Plangebietes ca. 40 Meter entfernt von der Freileitung. - Die Veräußerung öffentlich gewidmeter Grundstücke ist nicht Gegenstand der zur Abstimmung gestellten Satzung. 	kein Beschluss erforderlich
3.	Deutsche Telekom Technik GmbH	26.06.2020	<ul style="list-style-type: none"> - Im unmittelbaren Satzungsbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom. - Sollte auf den neuen Grundstücken ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, wird 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen. 	kein Beschluss erforderlich

			<p>gebeten rechtzeitig (mindestens 3 Monate vor Baubeginn) mit der Deutschen Telekom in Verbindung zu treten.</p>		
4.	Kommunalservice Landkreis Börde AöR	07.07.2020	<ul style="list-style-type: none"> - Nach überschlägiger Prüfung des Vorganges bestehen gegen das Bauvorhaben in Bezug auf die Durchführung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung keine Bedenken. - Bei der weitergehenden Planung sind die Vorgaben der Berufsgenossenschaft BG Verkehr (Abfallentsorgung), welche Ausbaugrößen für Einfahrten zu Wohngebieten, Wendehämmer und Stichstraßen vorgibt, als auch die allgemeinen Hinweise zu den vorgeschriebenen Straßenbreiten in Wohngebieten zu beachten. In diesem Zusammenhang wird auf das unumstößliche Rückwärtsfahrverbot von Entsorgungsfahrzeugen hingewiesen. Des Weiteren wird gebeten, die Vorgaben der Abfallentsorgungssatzung - AES (§19 - Standplätze, Transportweg und sonstige Regelungen) der Kommunalservice Landkreis Börde AöR zu beachten. Sollten sich im Rahmen der Ausbauplanung Verstöße gegen die Vorschriften ergeben, muss eine Festlegung von Bereitstellungsplätzen für alle Abfallfraktionen vor dem Wohngebiet durch die Verbandsgemeinde Westliche Börde erfolgen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Die Satzung setzt keine neuen Verkehrsflächen fest. Im Rahmen der Parzellierung ist zu berücksichtigen, dass entweder die vorhandene Wendemöglichkeit erhalten bleibt oder eine neue Wendemöglichkeit geschaffen wird. 	kein Beschluss erforderlich
5.	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie	26.06.2020	<ul style="list-style-type: none"> - Stellungnahme zu den Belangen der Bau- und Kunstdenkmalpflege: Vom Vorhaben sind die Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege nach derzeitigem Kenntnisstand nicht betroffen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich
		18.08.2020	<ul style="list-style-type: none"> - Stellungnahme zu archäologischen Belangen: Es bestehen keine grundsätzlichen Einwände gegen das geplante Vorhaben. In der Umgebung des Vorhabens befinden sich zahlreiche archäologische Denkmale aus der Jungsteinzeit und dem Mittelalter. Es ist daher möglich, dass im Zuge des Vorhabens in archäologische Funde und Befunde eingegriffen wird. Der Baubeginn muss dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie rechtzeitig mitgeteilt werden, damit eine Baubeobachtung durch das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie oder einen Beauftragten stattfinden kann. Der Beginn von Erdarbeiten ist rechtzeitig vorher mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Halle sowie der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde abzusprechen (§14 Abs.2 DenkSchG LSA). - Die bauausführenden Betriebe sind auf die Einhaltung der gesetzlichen Meldepflicht im Falle unerwartet freigelegter archäologischer Funde oder Befunde hinzuweisen. Nach §9 Abs.3 DenkSchG LSA sind Befunde mit den Merkmalen eines Kulturdenkmals "bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen". Innerhalb dieses Zeitraumes wird über die weitere Vorgehensweise entschieden. Im Übrigen wird gebeten, auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen des DenkSchG LSA aufmerksam zu machen, insbesondere dessen §14 Abs.9. - Dieses Schreiben ist als Information nicht als verwaltungsrechtlichen Bescheid zu betrachten. Ein Antrag auf denkmalrechtliche Genehmigung ist bei der zuständigen Denkmalschutzbehörde einzureichen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen. - Die Sachverhalte sind gesetzlich geregelt und somit zu beachten. Im Rahmen des Satzungsverfahrens bedürfen sie keiner weiteren Behandlung. - Der Sachverhalt betrifft nicht den Inhalt der zur Abstimmung vorgelegten Satzung. 	kein Beschluss erforderlich

6.	Landesamt für Geologie und Bergwesen	02.07.2020	<ul style="list-style-type: none"> - Durch die zuständigen Fachdezernate der Bereiche Geologie und Bergbau des Landesamtes für Geologie und Bergwesen erfolgten Prüfungen zum Vorhaben, um die Stadt auf mögliche geologische / bergbauliche Beeinträchtigungen hinweisen zu können. - Bergbau: Das Planungsgebiet befindet sich innerhalb des Bergwerkseigentumsfeldes "Gröningen", Nr.II-B-f-242/92, Bodenschatz: Kiese und Kiessande zur Herstellung von Betonzuschlagstoffen. Inhaber der Bergbauberechtigung ist die Treuhandgesellschaft der Kieswerke Nass- und Trockenabbau Gröningen mbH, Nienhagener Weg in 39397 Gröningen. Diese Bergbauberechtigung räumt dem Rechtsinhaber bzw. dem Eigentümer die in den §§ 6 ff BBergG aufgeführten Rechte ein und stellt eine durch Artikel 14 GG geschützte Rechtsposition dar. Da die Rechte der Inhaber/ Eigentümer der Bergbauberechtigung zu berücksichtigen sind, wird empfohlen von diesem eine entsprechende Stellungnahme zu dem geplanten Vorhaben einzuholen. Bei Beachtung der dort eventuell gemachten Auflagen und Hinweise gibt es seitens des Landesamtes für Geologie und Bergwesen keine Bedenken zu der geplanten Maßnahme. - Hinweise auf mögliche Beeinträchtigungen durch umgegangenen Altbergbau liegen dem Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt für den Bereich der Flurstücke nicht vor. - Geologie / Ingenieurgeologie und Geotechnik: Die Baumaßnahme liegt innerhalb des Erdfall- und Senkungsgebietes Gröningen. Ursache der Geländeänderungen waren hier Lösungsvorgänge an chloridischen und sulfatischen Gesteinen im tieferen Untergrund, die zu Hohlräumen führen (tiefer 300 Meter unter Gelände). Beim Hochbrechen solcher Hohlräume durch das überlagernde Gebirge bis zur Geländeoberfläche kam es zu Senkungen bzw. Erdfällen, die noch heute auch bei Kloster Gröningen deutlich erkennbar sind (z.B. Luttersee und Salzensee). Der Schwerpunkt der Erdfallereignisse lag vor mehreren tausend Jahren, jedoch ist das Auftreten von lokalen Einzelereignissen (wie z.B. 1977 südöstlich Heynburg) auch heute nicht ganz auszuschließen. Voraussagen zu Zeitpunkt und Ort des Auftretens sind grundsätzlich nicht möglich. - Hydro- und Umweltgeologie: Bezüglich des Vorhabens gibt es nach gegenwärtigem Kenntnisstand aus hydrogeologischer Sicht keine Bedenken. Grundwasser ist nach Unterlagen des Landesamtes für Geologie und Bergwesen in Tiefen von 3m bis 5m unter Flur zu erwarten. Den Ausführungen zur Versickerung wird gefolgt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Das Plangebiet ist von Bodenabbauvorhaben nicht betroffen. Bergrechte für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe sind eigentumsähnliche Rechte, die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu vertreten sind. Das Unternehmen ist kein Träger öffentlicher Belange, der gemäß §4 Abs.2 BauGB zu beteiligen ist. Die Belange des Bergbaus sind durch das Landesamt für Geologie und Bergbau zu vertreten. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Hinweise werden in der Begründung ergänzt. - Die Aussagen in der Begründung werden entsprechend ergänzt. 	kein Beschluss erforderlich
7.	Landesverwaltungsamt	16.06.2020	<ul style="list-style-type: none"> - Referates 407: Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege vertritt die Naturschutzbehörde des Landkreises Börde. - Hinweis: Umweltschadensgesetz und Artenschutzrecht sind zu beachten. Es wird in diesem Zusammenhang insbesondere auf §19 BNatSchG i.V.m. dem Umweltschadensgesetz (vom 10.05.2007, BGBl. Teil I S.666) sowie auf die §§44 und 45 BNatSchG verwiesen. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Der Landkreis Börde wurde im Verfahren nach § 4 Abs.2 BauGB beteiligt. - Die Sachverhalte sind gesetzlich geregelt und somit zu beachten. 	kein Beschluss erforderlich

		<p>ausgewiesenen Gebieten und Nutzungsflächen anhand der Technischen Regeln des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches Arbeitsblatt W405 Nr.4.4 Tabelle sicherzustellen bzw. zu bevorraten. Ist die Bereitstellung von Löschwasser aus dem öffentlichen Netz nicht sichergestellt (Hydranten), kann eine Bereitstellung aus unerschöpflichen bzw. erschöpflichen Löschwasserstellen (Löschwasserteiche, -brunnen, -zisternen) abgesichert werden. Die Löschwasserentnahmestellen müssen sich in einem Umkreis von 300m befinden und jederzeit frostfrei bleiben. Zur Löschwasserversorgung wurden in den Antragsunterlagen keine Angaben gemacht.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsamt/ SG Sicherheit und Ordnung: Für diese Flurstücke wurde kein Verdacht auf Kampfmittel festgestellt. Somit ist bei Maßnahmen an der Oberfläche sowie bei Tiefbauarbeiten oder sonstigen erdeingreifenden Maßnahmen nicht mit dem Auffinden von Kampfmitteln zu rechnen. Da ein Auffinden von Kampfmitteln bzw. Resten davon nie hinreichend sicher ganz ausgeschlossen werden kann, ist der Antragsteller auf die Möglichkeit des Auffindens von Kampfmitteln und auf die Bestimmungen der Gefahrenabwehrverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (KampfM-GAVO) vom 20.04.2015 (GVBl. LSA Nr.8/2015, S.167 ff.) hinzuweisen. Die Satzung ist durch die Hinweise zu Kampfmitteln zu ergänzen. - Straßenverkehrsamt: Die verkehrsbehördliche Zustimmung wird erteilt. - Natur- und Umweltamt / SG Abfallüberwachung: Aus abfall- und bodenschutzrechtlicher Sicht steht der Begrenzungs- und Einbeziehungssatzung "Birkensiedlung" nichts entgegen. Werden im Plangebiet Verunreinigungen des Bodens festgestellt oder ergeben sich Hinweise bzw. Verdachtsmomente, dass Verunreinigungen erfolgt sind, so sind diese dem Natur- und Umweltamt des Landkreises Börde anzuzeigen. - SG Naturschutz und Forsten: Im Entwurf der Planzeichnung der Abgrenzungs- und Einbeziehungssatzung "Birkensiedlung" Kloster Gröningen fehlen noch ergänzende textliche Festsetzungen, die wie folgt zu vervollständigen sind: Neben der textlichen Festsetzung im Entwurf, dass 337m² Baum-Strauch-Hecke aus heimischen Laubgehölzarten (Code HHB) gemäß der Bilanz unter dem Pkt.4.2 (Seite 9) der Begründung vom April 2020 zu kompensieren sind, müssen in der Satzung ergänzend die bilanzierten 1413m² Gartenfläche (Code AKB) als Kompensation festgelegt werden. <p>- Die Festsetzungen im Satzungsentwurf sind nach dem Pkt.4.2 (Seiten 9-10) der Begründung mit den Ergebnissen der Planung zum Artenschutz zu vervollständigen. Konkrete Festsetzungen zum Feldhamsterschutz und zur Baufeldfreimachung sind zu erarbeiten.</p>	<p>hin, dass diese Löschwasserversorgung nicht den Grundschutz abdeckt. Ergänzend stehen in Kloster Gröningen gemäß der Risikoanalyse der Verbandsgemeinde Westliche Börde (S.22) Entnahmestellen am Luttersee in einer Entfernung von 270 Meter zum Plangebiet zur Verfügung, so dass der Grundschutz gewährleistet ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Die Sachverhalte sind gesetzlich geregelt und zu beachten. Im Bebauungsplanverfahren bedürfen sie keiner Behandlung. - Die getroffene Festsetzung ist ausreichend. Gartenflächen bedürfen keiner Festsetzung im Ergänzungsbereich, da sich der Umfang des Eingriffs anhand einer konkreten Bauplanung beziffern lässt. Das BauGB stellt in § 1a Abs.3 auf den Ausgleich "voraussichtlich erheblicher" Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes ab. Der Gesetzgeber spricht hier nicht von maximal zulässigen Eingriffen, sondern von der voraussichtlichen Erwartung. Dies kann anhand der konkreten Bauplanung angenommen werden, ohne dass dies der verbindlichen Festsetzung für die Sachverhalte bedarf, die sich gemäß einer verfahrensüblichen Umsetzung einer Einfamilienhausplanung von selbst ergeben. Der Festsetzung bedarf es somit nur für die Gehölzhecke. - Der Artenschutz nach §44 BNatSchG gilt rechtsunmittelbar auch im Geltungsbereich der Satzung. Festsetzungen in Satzungen sind nur zulässig, wenn sie erforderlich sind. Nicht erforderlich sind Festsetzungen für bereits gesetzlich geregelte Sachverhalte, da diese ohnehin zu beachten sind. Auf dem Plan wird ein Hinweis 	
--	--	--	---	--

			<ul style="list-style-type: none"> - Die Ergebnisse der Planungen in der Begründung vom April 2020 sind bei der Bearbeitung der Satzung "Birkensiedlung" Kloster Gröningen vollständig zu berücksichtigen. Die Kompensation und der Artenschutz sind im Verfahren der Bauleitplanung nach den §§13 ff. sowie 39 und 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S.2542), in der zuletzt gültigen Fassung, zu bearbeiten. - SG Immissionsschutz: Keine immissionsschutzrechtlichen Bedenken. - SG Wasserwirtschaft / Abwasser/ Niederschlagswasser: keine Einwände bzw. Hinweise - Trinkwasser/Grundwasser: dgl. - Wasserbau: Aus wasserbaulicher Sicht bestehen gegen dieses Bauvorhaben keine Bedenken. - Zum weiteren Verfahrensverlauf: Sollte der Planentwurf vor In-Kraft-Treten geändert oder ergänzt werden, wird gebeten, den Landkreis Börde gemäß §4a Abs.3 BauGB nochmals als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Nach Abwägung durch die Gemeinde gemäß §3 Abs.2 Satz 4 BauGB wird um Mitteilung des Ergebnisses gebeten. Nach In-Kraft-Treten der Planung ist dem Amt für Kreisplanung, als Grundlage für nachfolgende weitere Planungen oder Genehmigungsverfahren, ein ausgefertigtes und bekanntgemachtes Planexemplar (einschließlich Begründung und Satzungsbeschluss) in beglaubigter Kopie zur Verfügung zu stellen. Das Amt für Kreisplanung ist über das durch Bekanntmachung nach §10 Abs.3 BauGB bewirkte In-Kraft-Treten der Satzung zu informieren. Diese Stellungnahme ersetzt nicht die Genehmigung, Planfeststellung oder sonstige behördliche Entscheidungen entsprechend den Rechtsvorschriften. 	<p>vermerkt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß §18 BNatSchG die Eingriffsregelung nach den Vorschriften des BauGB zu prüfen ist. Das Artenschutzrecht des BNatSchG ist anzuwenden. - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Die Hinweise betreffen die Durchführung des Verfahrens. Sie bedürfen im Rahmen der Abwägung keiner Behandlung. 	
9.	Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg	09.07.2020	<ul style="list-style-type: none"> - Nach Rücksprache mit der unteren Landesentwicklungsbehörde wurde festgestellt, dass das Vorhaben nicht raumbedeutsam ist. Demnach ist die Abgabe einer Stellungnahme durch die Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg nicht erforderlich. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. 	kein Beschluss erforderlich
10.	Trink- und Abwasserverband Börde	03.07.2020	<ul style="list-style-type: none"> - Zum Entwurf der Abrundungssatzung bestehen von Seiten des Trink- und Abwasserverband Börde (TAV Börde) grundsätzlich keine Einwände. Hinweise: Die Belange sind unter 3.1. Erschließung ausreichend berücksichtigt. Der Anschluss an die Trinkwasserversorgung kann an das vorhandene öffentliche Netz des TAV Börde erfolgen. Die Anträge sind rechtzeitig durch den Grundstückseigentümer zu stellen. - Für die Schmutzwasserbeseitigung ist der Trink- und Abwasserverband Vorharz zuständig. - Es wird darauf hingewiesen, dass im Ortsteil Kloster Gröningen keine ausreichende Löschwasserversorgung aus dem Trinkwasserleitungsnetz bereitgestellt werden kann. Für die Löschwasserversorgung ist die Stadt Gröningen zuständig. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. - Der Trink- und Abwasserverband Vorharz wurde im Verfahren beteiligt. - Ergänzend zur Entnahmemöglichkeit aus dem Trinkwassernetz besteht in Kloster Gröningen eine Entnahmestelle aus dem Luttersee in einer Entfernung von 270 Metern, wodurch der Grundschutz gewährleistet ist. 	kein Beschluss erforderlich

11.	Trink- und Abwasserzweckverband Vorharz	13.07.2020	<p>- Schmutzwasser: Vor den Grundstücken Flurstück 163/0 und 164/0 verläuft in nördlicher Richtung die zentrale Schmutzwasserbeseitigungsanlage (Stz DN 250) des TAZV. Die Flurstücke können hier angeschlossen werden. Die Grundstücksanschlüsse werden mittels Revisionschacht auf das jeweilige Grundstück durch den Verband hergestellt. Mit der Herstellung des Grundstücksanschlusses für das Schmutzwasser entsteht die sachliche Beitragspflicht für das Grundstück und für die Benutzung der öffentlichen Schmutzwasserbeseitigungsanlagen werden Benutzungsgebühren nach der Abwasserbeseitigungsabgabensatzung des Verbandes erhoben. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer entsprechend der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung im Gebiet des TAZV Vorharz vom 05.12.2017 in der derzeit geltenden Fassung.</p>	<p>- Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen.</p>	kein Beschluss erforderlich
12.	Verbandsgemeinde Westliche Börde Herr Noffz	16.07.2020	<p>- Im Rahmen des Ausbaus des kommunalen Breitbandnetzes innerhalb des Gemeindegebietes der Verbandsgemeinde Westliche Börde ist die Verlegung von Anlagen in der Birkenriedlung geplant. Nach derzeitigem Planungsstand ist in der Birkenriedlung der Einbau eines 12er Mikrorohrverbandes vorgesehen, der von der Thomas-Müntzer-Siedlung aus zugeführt wird. Technisch ist somit die Möglichkeit gegeben, insgesamt 12 Hausanschlüsse in der Birkenriedlung zu realisieren. Im Moment ist davon auszugehen, dass die Verlegung der Anlagen im III./IV.Quartal 2020 erfolgen wird. Es wird darauf hingewiesen, dass Mikrorohrverbände im Bereich von Zu- und Überfahrten in einem Schutzrohr aus PE-HD, Nenn-Außendurchmesser 110 mm, Mind.-Wanddicke 6,3 mm zu verlegen ist. Fahrbahnquerungen für Hausanschlüsse sind in einem Schutzrohr aus PE-HD, Nenn-Außendurchmesser 50 mm, Mind.-Wanddicke 4,6 mm zu verlegen. Sollte die genaue Lage von Zu- bzw. Überfahrten von der Birkenriedlung zum Zeitpunkt der Baumaßnahme feststehen, ist dies rechtzeitig vor Baubeginn mitzuteilen. In diesem Fall wird der Einbau von entsprechenden Schutzrohren mit vorgesehen. Wenn die Herstellung der Grundstückszufahrten zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, sind die Schutzrohre nachträglich zu verbauen. Sollen im Vorfeld der Grundstücksvermarktung Hausanschlüsse im Rahmen des Ausbaus des Breitbandnetzes vorgesehen werden, ist die Anzahl der Hausanschlüsse und deren Lage bis zum 07.08.2020 mitzuteilen.</p>	<p>- Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis. Die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen.</p>	kein Beschluss erforderlich